Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn
www.so.ch

Tripartite Agglomerationskonferenz
(TAK)
c/o Konferenz der Kantonsregierungen
Amthausgasse 3
3000 Bern 7

22. April 2008

Stellungnahme zum Bericht "Möglichkeiten und Grenzen kantonalen Agglomerationspolitik"

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Februar 2008 laden Sie uns ein, zum Bericht "Möglichkeiten und Grenzen kantonalen Agglomerationspolitik" Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit möchten wir Ihnen danken und nehmen zum Bericht bzw. zu den vier gestellten Fragen gerne Stellung:

1. Sind Sie mit der Schlussfolgerung einverstanden, dass Agglomerationspolitik mehr als die Politikbereiche Verkehr und Siedlungsentwicklung beinhaltet?

Die Ausgangslage zum Thema "Agglomerationspolitik" ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Je städtischer ein Kanton geprägt ist, desto eher sind bereits in der Vergangenheit agglomerationspezifische Fragestellungen bearbeitet worden. In einem eher ländlich geprägten Kanton mit kleinstädtischen Siedlungsstrukturen wie sie der Kanton Solothurn aufweist, ist das Bewusstsein für agglomerationsrelevante Themen noch zu schärfen. Deshalb war und ist die Festsetzung eines Mindestinhaltes (Verkehr und Siedlung) für den Start der Agglomerationspolitik mittels den Agglomerationsprogrammen sicher richtig. Je nach Fortschritt der Koordinationsbemühungen macht es jedoch Sinn, die Zusammenarbeit auf weitere Politikbereiche auszudehnen. In diesem Sinne sind wir mit der Schlussfolgerung einverstanden.

2. Welche weiteren Politikbereiche könnten aus Ihrer Sicht im Sinne einer ganzheitlichen Agglomerationspolitik relevant sein? Mit welchen konkreten Massnahmen könnten der Bund, die Kantone sowie die Städte und Gemeinden einen Beitrag zur Berücksichtigung dieser Politikbereiche leisten?

Vorab gilt es nicht nur die Siedlungsentwicklung mit der Verkehrsplanung abzustimmen, sondern in gleichem Masse auch die weitere Raumordnung bzw. Raumplanung (Landschaft u.a.). Mit der

Agglomerationspolitik sollen die Bedürfnisse der in der Agglomeration wohnenden Bevölkerung bestmöglich abgedeckt werden. Darunter fallen neben wirtschaftlichen Aspekten wie Einkaufen, Arbeitsplatz etc., praktisch der ganze Öffentlichkeitsbereich: Kultur, Bildung und Sozialwesen.

3. Sind Ihnen neben den im Bericht aufgezeigten Beispielen weitere konkrete Ansätze in Richtung einer ganzheitlichen Agglomerationspolitik bekannt?

Nein.

4. Haben Sie weitere Bemerkungen zum Bericht oder zur Agglomerationspolitik?

Das Thema Agglomerationspolitik ist aktuell und muss in Zukunft auf allen Staatsebenen verstärkt thematisiert werden. Den bekannten Entscheidungsstrukturen auf Gemeinde- oder Kantonsebene stehen keine gleichwertigen Strukturen in den funktionalen Räumen, sprich Agglomerationen, gegenüber. Inwieweit solche Strukturen anzustreben sind, ist Gegenstand politischer Prozesse. So ist im Kanton Solothurn zur Zeit ein politischer Auftrag im Kantonsrat anhängig, der vom Regierungsrat verlangt, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die ausgearbeiteten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden sollen. Insbesondere sollen auch die Fragen nach den gesetzlichen Grundlagen diskutiert und die konkreten Auswirkungen auf die Gemeindeautonomie geprüft werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber